



Österreich: Das Warnsignal blinkt

Interview. Buchautor Hannes Androsch zu nackten Oberkörpern im Wahlkampf, unnützen Privatisierungen und geschlossenen Geschäften am Sonntag.

ANDREAS KOLLER

Zuletzt hat er sich sogar eine Parteiaustrittsaufforderung aus der SPÖ Vorarlberg eingehandelt. Und zwar, weil er eine Unterstützungserklärung für den aus Vorarlberg stammenden grünen Bildungssprecher Harald Walser abgegeben hatte. Hannes Androsch ist wieder aktiv. Auch mit seinem neuen Buch wird er sich nicht nur Freunde schaffen.

SN: Wie gefällt Ihnen denn der laufende Wahlkampf?

Androsch: Er ist bisher inhaltslos und geht an den Zukunftsproblemen vorbei.

SN: Welche Themen vermissen Sie?

Androsch: Wir waren als Land bisher sehr erfolgreich, aber das ist noch keine Garantie für die Zukunft. Wir haben in vielen Bereichen einen beträchtlichen Nachholbedarf. Das schlägt sich in sämtlichen Rankings nieder, auch wenn man diese nicht zu überschätzen braucht. Das Warnsignal blinkt. Ich rede von Bildung, von der Sicherung der Pensionen, von der Energiepolitik, ich rede von der Verschwendung und Ineffizienz im öffentlichen Bereich.

SN: In Ihrem Buch kritisieren Sie einen allzu großen Staatseinfluss und einen allzu großen staatlichen Sektor, den unser Land aufweise. Ihre Partei, die SPÖ, ist aber nicht eben als Partei bekannt, die für eine massive Entstaatlichung eintritt. Was verbindet Sie eigentlich noch mit der Sozialdemokratie?

Androsch: Es steht in keinem Parteiprogramm, wie viel Staat wünschenswert oder notwendig ist. Ich bin das Gegenteil eines Hayekianers (Friedrich August Hayek, ein liberaler Vordenker, Anm.), aber auch ein strikter Gegner eines Sowjetsystems. Die Frage, wie viel Staat wir brauchen, ist ganz pragmatisch nach Nützlichkeitsabwägungen zu lösen. Ich hätte manche Privatisierungen nicht durchgeführt, etwa dort, wo es um die Versorgung geht. Ob die Privatisierung der Tabakwerke und der Post in der Ära Schüssel der Weisheit letzter Schluss war, sei dahingestellt. Ich darf daran erinnern, dass der erste große Verstaatlicher von kommunalen Einrichtungen der christlich-soziale Wiener Bürgermeister Karl Lueger



Nachdenken über Österreich: Ex-Vizekanzler Hannes Androsch. Bild: SNI/PA PICTUREDESK

war, einer der Säulenheiligen der ÖVP. Bundeskanzler Schüssels Grundsatz „weniger Staat“ hat lediglich ein Übermaß an Korruption hervorgerufen. Ich spreche mich für einen pragmatischen Mittelweg aus.

SN: Sie nennen das staatliche Verbot der Sonntagsarbeit im Handel als Beispiel von zu viel Staatseinfluss. Dieses Verbot scheint in Österreich den wesentlichen Kräften aber sehr wichtig zu sein.

Androsch: Wenn sich die Sozialpartner einigen, und wenn man die Sonntagsarbeit entsprechend bezahlt – was spricht dagegen? Wann jemand sein Geschäft aufsperrn will, ist seine Sache. Jeder erwartet, dass die Spitäler, die Verkehrsbetriebe, auch die Restaurants am Wochenende verfügbar sind. Von der Kirche erst gar nicht zu reden. Mit sturen Positionen ist niemandem gedient.

SN: Sie schreiben in Ihrem Buch: Populismus ist die falsche Antwort auf populistische Strömungen. Wo orten Sie denn diesen Populismus?

Androsch: Ein Schuss Populismus gehört natürlich zur Politik – aber lediglich in dem Ausmaß, das etwa vergleichbar ist mit dem Zimt, den man auf einen Cappuccino streut. Doch in Österreich gibt es politische Angebote, die nur aus Populismus bestehen – ich erinnere an die beiden Herren mit nacktem Oberkörper (Stronach und Strache, Anm.), wobei sich die vielleicht bezweckte erotische Ausstrahlung meiner Beurteilung entzieht. Ich warne die anderen Parteien eindringlich, auf diese Art von Populismus ihrerseits mit Aktionismus zu reagieren.

SN: Ist nicht auch das in SPÖ und ÖVP ausgebrochene Wettrennen um mehr direkte Demokratie ein wenig populistisch?

Androsch: Obwohl ich ja selbst im Vorjahr ein Volksbegehren (zur Bildung, Anm.) initiiert habe, weil es manchmal den Druck von unten braucht, bin ich der direkten Demokratie gegenüber grundsätzlich skeptisch eingestellt. Diese kann die Tür für die Demagogie öffnen. Aber manches Mal braucht es den Druck von unten. Doch was den Bürgern jetzt als Verbesserung der direkten Demokratie angeboten wird, bedeutet, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Wenn ein Volksbegehren zehn Prozent an Unterstützung braucht, um einer Volksbefragung unterzogen zu werden, und gleichzeitig eine politische Partei mit vier Prozent der Stimmen in den Nationalrat einziehen kann, so ist das ein eklatanter Widerspruch.